Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 246. Sonntag den 21. October. 1849.

Berlin, den 20. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Medizinal-Rath und Professor Dr. Johannes Müller die nachgesuchte Entlassung aus der Stellung als Mitglied der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen, unter Ernennung desselben zum Ehren-Mitgliede dieser Behörde in Gnaden zu biwilligen, und den Geheimen Medizinal-Rath und Professor Dr. Busch zum ordentlichen Mitgliede derselben zu ernennen.

Der Fürst zu Carolath-Beuthen ist nach Carolath, und der General-Major von Schack nach Erfurt abgereist.

Deutschland.

Posen, den 20. Oktober. In Betreff der nicht nur für unsere Provinz, sondern für Preußen und ganz Deutschland hochwichtigen Demarkationsfrage, mit der sich auch unsere Stadtverordneten-Versammlung wiederholentlich und zuletzt in ihrer Sitzung vom 18. (vergl. den Bericht in der Ztg. v. 19.) beschäftigt hat, haben wir in derselben Zeitung einen Artikel aus der Deutschen Reform und einen aus der Köln. Z. aufgenommen, weil wir dieselben geeignet hielten, die Aufmerksamkeit des hiesigen Publikums, als des bei der Sache meist interessirenden Theils, auf diesen Gegenstand hinzulenken und eine sachgemäße gründliche Erörterung darüber in diesen Blättern hervorzurufen, die bisher ein tiefes Schweigen in dieser Hinsicht beobachtet hatten. Wenn aber die Provinzial-Hauptstadt schweigt, wer soll dann sprechen? Die Mittheilung des Artikels aus der Deutschen Reform hielten wir nur deshalb für angemessen, weil diese Zeitung in Berlin (wenigstens noch vor 4 Wochen) als das offiziöse Blatt des Ministeriums angesehen wurde; unsere eigene Ansicht, welche wir wiederholt dahin ausgesprochen haben, daß wir in einer Theilung der Provinz kein Heil, weder für sie selbst, noch für das Ganze, erblicken, wird durch die der Deutschen Reform in keiner Weise erschüttert. Es freut uns daher, es aussprechen zu können, daß wir, eben durch unser Eingehen auf diese Lebensfrage, bereits Aeußerungen von Leuten hervorgerufen haben, die der provinziellen Verhältnisse durchaus kundig und von Eifer für das Wohl, nicht nur der Stadt Posen, sondern auch der ganzen Provinz und des Staats erfüllt sind. Wir theilen hier zunächst einen auf die Frage gründlich eingehenden Aufsatz mit dem Wunsche mit, daß derselbe recht bald Nachfolger finden möge. Wir glauben dadurch einer dringenden Pflicht der Presse zu genügen, deren Aufgabe es ist, die Regierung über die Lage, die Bedürfnisse und Wünsche des Landes aufzuklären, so lange es noch Zeit ist. Der Aufsatz lautet:

„Seit einigen Wochen beschäftigen die Tagesblätter sich wieder regelmäßig mit der künftigen politischen Gestaltung der Provinz Posen; namentlich wird die im vorjährigen Frühlinge vom General Schäfer projectirte Demarkation, wodurch etwa der dritte Theil des Großherzogthums vom Provinzialverbande abgelöst und einer Reorganisation in Polnisch-nationalem Sinne, die eine abgesonderte, völlig selbstständige Verwaltung zur Folge haben müßte, unterzogen werden würde, in nahe Aussicht gestellt. Die Vollziehung der Schäfer'schen Demarkationslinie hat aber in diesem Augenblicke, bei gänzlich veränderten staatlichen Zuständen, ihre damals tiefere politische Bedeutung gänzlich verloren, und erscheint jetzt für das Gesammtwohl der Preußischen Monarchie völlig zwecklos. Die Nachtheile dieser Demarkirung dagegen, nicht nur für die ganze Provinz, die dadurch ein Glied ihres Körpers verliert, das ohne vielfache Störung des Organismus nicht abgetrennt werden kann, sondern hauptsächlich für den demarkirten Polnischen Theil selbst, liegen so offen zu Tage, daß sie kaum einer speciellen Erwähnung bedürfen. Für jeden, der die örtlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß der Polnische Theil, wenn er auch größer ist, als das Herzogthum Braunschweig, (wie die öffentlichen Blätter bemerken) eine selbstständige Lebensfähigkeit nicht besitzt und daher einem unvermeidlichem Untergange in kürzester Zeit entgegengehen müßte, mag er nun als Preußisches Nebenland, das, bei offenkundigem Mangel an eigenen Kapitalien, des nöthigen Kredits im Auslande entbehrt, langsam dahin siechen, oder, wie häufig in den Zeitungen und auch anderswo angedeutet worden, die bedenkliche Perspektive vor sich haben, gelegentlich dem Russischen Polen incorporirt zu werden. Abgesehen von den großen Schwierigkeiten, welche die Regelung der landwirthschaftlichen Schuldverhältnisse hervorrufen müßte, würde aller Grundbesitz in dem demarkirten Landstriche unzweifelhaft alsbald auf die Hälfte seines bisherigen Werthes herabsinken, indem das Ausland gerechtes Bedenken tragen dürfte, seine Kapitalien in einem Ländchen mit so unsichern Zuständen anzulegen. Wenn nun aber der dortige Grundbesitz schon jetzt fast durchgängig mit einer hypothekarischen Schuldmasse von 50 Prozent des bisherigen Werthes belastet ist, so würde die unausweichliche Folge sein, daß höchstens die Hypothekengläubiger befriedigt werden könnten, die Grundbesitzer aber sich größtentheils an den Bettelstab gebracht sähen. Unmöglich kann es die Absicht des Gouvernements sein, einen solchen Zustand herbeizuführen, zumal durch die gegenüberstehenden erhofften Vortheile diese Nachtheile nicht aufgewogen werden, indem der ganze Gewinn, der dem Staate durch eine solche Demarkirung erwachsen könnte, darin bestände, den großen Rest der Provinz enger und fester mit der übrigen Monarchie zu verbinden, dieser Gewinn aber unzweifelhaft auf eine Illusion hinauslaufen dürfte, indem der diesseits der Demarkationslinie wohnende Pole dadurch, daß man ihn in provinzieller Beziehung von seinen Stammgenossen sondert, nicht in einen Deutschen oder in einen bessern Preußischen Staatsbürger umgeformt wird, als er bisher schon war. Die Ereignisse der Neuzeit haben wohl zur Genüge dargethan, daß willkührlich auf der Landkarte gezogene Grenzlinien auf die politische Gesinnung der Bevölkerung des dadurch berührten Landstrichs keinen Einfluß ausüben. Will man die Provinz Posen enger mit den übrigen Theilen des Staats verknüpfen, und will man ihre Bewohner in den allgemeinen großen Landesverkehr hineinziehen und dadurch ihre Interessen unauflöslich mit denen der anderen Provinzen verbinden, so giebt es dazu gefahrlosere, nur Segen verheißende Mittel: Man erschließe nur der Provinz alle Bahnen des großen Verkehrs und setze sie so in den Stand, ihren Ueberfluß gegen ihre Bedürfnisse mit Leichtigkeit auszutauschen. Eine direkte Eisenbahnverbindung mit Schlesiens Hauptstadt, die der vorhandenen Verbindung mit Stettin und Berlin erst wahren Werth verleihen kann, wird die Provinz viel inniger mit dem übrigen Staate verknüpfen, als alle Demarkirungen, Zerstückelungen, oder ähnliche gouvernementale Maßnahmen.

Für die Provinzialhauptstadt Posen insbesondere würde jede Zerstückelung der Provinz nur von den nachtheiligsten Folgen begleitet sein, weil sie ihre dermalige Größe, ihre Einwohnerzahl, ihren Wohlstand lediglich der Centralisation der Provinzialbehörden verdankt, jede Veränderung in dieser Beziehung sie demnach der Gefahr aussetzt, einen großen Theil ihrer Einnahmequellen zu verlieren. Schon jetzt hat unsere Stadt durch den, in Folge der politischen Ereignisse der letzten Jahre gesunkenen Grundwerth Millionen eingebüßt, ihre Hülfsquellen sind theilweise versiegt, und der Armen-Unterstützungsetat hat sich schon verdreifacht; eine neue fundamentale Erschütterung, wie eine Zerstückelung der Provinz sie unfehlbar herbeiführen müßte, würde der Stadt neue und zwar unheilbare Wunden schlagen." —

Außer Obigem geht uns in derselben Frage noch folgende Berichtigung des Artik. aus der Kölner Zeitung zu:

„Die aus der Kölner Zeitung in die Posener Zeitung Nr. 244 übergegangene Nachricht in Bezug auf die Vorlagen des Ministers des Innern wegen der Reorganisation u. s. w. des Großherzogthums Posen – ist, wie aus guter Quelle versichert werden kann, eine sehr ungenaue und zum Theil unrichtige. Die hierauf bezüglichen Verhandlungen schweben noch, und werden mit dem, einer so wichtigen Angelegenheit gebührendem Ernste geleitet."

Wir geben diese Berichtigung mit der Bitte wieder, recht bald uns darüber mit Nachweisen zu versehen, in wiefern die Nachricht ungenau und zum Theil unrichtig, und wie weit die schwebenden Verhandlungen, (an deren Leitung mit dem gebührenden Ernst wir übrigens nie Zweifel ausgesprochen), gediehen sind?

H Berlin, den 17. Octbr. Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer gestrigen Abendsitzung zur weitern Berathung und Beschlußfassung in Betreff der Einzelbestimmungen wegen der neu zu errichtenden höheren Lehranstalt gekommen. Auffallenderweise wurde eine Prinzipienfrage so ganz nebenher bei Abstimmung über einzelne Paragraphen des neuen Statutenentwurfs zur Erledigung gebracht. Mit 50 gegen 42, also mit einer Majorität von 8 Stimmen, hat man sich gegen die Errichtung eines Gymnasiums erklärt. Dagegen hat man allerdings beschlossen, in dem behufs der neuen Lehranstalt ausgebauten Hause in der großen Friedrichsstraße 126 eine Art Mittelschule mit Vorschule zu errichten. Der Charakter, den diese Schule gewinnen soll, ist noch nicht recht klar, um so weniger, da ein nachträglich eingezogenes Amendement, daß geeigneten Falls auch Gymnasialunterricht mit der Anstalt verbunden werden könne, durchging. Die Angelegenheit geht jetzt natürlich noch ein Mal an Magistrat und Schul-Deputation zurück, weil der ganze Plan umgearbeitet werden muß. — Zu dem Ausfall der Abstimmung soll der stark hervorgehobene Gesichtspunkt viel beigetragen haben, daß es eine Unbilligkeit gegen die schon längere Jahre dienenden Lehrer anderer städtischen Gymnasien und höherer Schulen Berlins wäre, wenn die neu anzustellenden Lehrer der neuen Anstalt allein günstig gestellt werden sollten, da man sich andererseits überzeugte, daß die Mittel der Stadt es nicht möglich machten, zu gleicher Zeit auch bei ersteren die angemessenen Gehaltserhöhungen eintreten zu lassen.

Berlin, den 18. Oktober. Die in hiesigen Blättern mitgetheilte Nachricht, nach welcher der Herr Handels-Minister den Unter-Staats-Sekretair von Pommer-Esche als künftigen Chef der Post-Verwaltung präsentirt haben soll, entbehrt jeder Begründung. — In vielen Kreisen finden heute zur Jahresfeier der Schlacht bei Leipzig, wie zum Geburtstagsfeste des Sohnes des Prinzen von Preußen große Gastmähler statt. — Die hiesige städtische Gewerbeschule beging heute Vormittag das Jahresfest ihres 25jährigen Bestehens, wozu sich außer den jetzigen Zöglingen Deputirte der städtischen Behörden und andere Gönner und Freunde der Anstalt eingefunden hatten. Das Fest wurde durch einen geschichtlichen Bericht des Direktors Klöden über die Anstalt, Gesänge und Redeübungen begangen. Diese Anstalt war der erste Anfang, die Realgymnasialbildung in das Leben treten zu lassen, nachdem die Idee derselben durch den Professor Fischer in einer kleinen Brochüre ausgesprochen war. Der damalige Oberbürgermeister Berlins, Herr v. Bärensprung, interessirte sich für die Sache und berief den Direktor Klöden zur Ausführung, der die Anstalt am 18. Oktober 1824 in einer Klasse mit 24 Schülern eröffnete. Ihr Ruf verbreitete sich bald, und sie wurde später das Vorbild für zahlreiche größere Städte der Monarchie, als Breslau, Münster, Elberfeld rc., in welchen man ähnliche Anstalten errichtete. Die Schule zählt jetzt in fünf Klassen über 200 Schüler, und kostet jährlich ungefähr 8800 Thaler, wovon 5500 Thaler durch das Schulgeld, der Rest durch die Kommune bestritten wird. Sie ist mit allen erforderlichen Apparaten, Sammlungen rc. versehen. In den 25 Jahren ihres Bestehens bildete sie über 2000 Schüler, wovon etwa 1900 entlassen sind. Von diesen widmeten sich 63 pCt. dem Handel, 16 pCt. der Landwirthschaft und landwirthschaftlichen Gewerben, die übrigen den allermannigfaltigsten Lebensthätigkeiten. Auch der bekannte Balletmusik-Komponist Schmidt gehörte der Anstalt. 16 entschlossen sich, nach vollendetem Kursus, zum Studiren, machten das Abiturienten-Examen, ohne vorher ein Gymnasium besucht zu haben und leben jetzt zum Theil in angesehenen und einflußreichen Stellungen; zu ihnen gehörte der leider zu früh gestorbene, talentvolle Meteorologe Mahlmann. So weit bekannt, leben jetzt Zöglinge der Anstalt in Rußland und Frankreich, in Nordamerika, in Hinter-Indien und Kalifornien. Unter den Lehrern der Anstalt waren Männer wie Wackernagel, Woehler (der Lehrer von Heinrich Rose), der Mathematiker Steiner, Heyse u. A. Der Direktor Klöden ist der einzige noch vorhandene Lehrer, der schon bei der Stiftung thätig war. — Aus Potsdam schreibt man uns, daß heute Vormittag auf Schloß Babelsberg zur Feier des 18ten Geburtstages und des damit verbundenen Termins der Mündigwerdung des Sohnes des Prinzen von Preußen eine glänzende Cour stattfand. Von Berlin waren dazu mit dem 11 Uhr Zuge sämmtliche Staatsminister, der Präsident der ersten Kammer und mehrere Abgeordnete derselben, namentlich die Herren Milde, Camphausen, Graf Helldorff, Kisker, v. Vincke, Triest u. A., der General von Wrangel, der General-Lieutenant v. Colomb, zahlreiche andere Militair-Personen, die Hofstaaten, Deputationen der hiesigen städtischen Behörden und sonstige Notabilitäten eingetroffen. Der junge Prinz erschien gleich nach Ankunft derselben mit seinen Eltern, um die Glückwünsche der Anwesenden entgegen zu nehmen. Der Bürgermeister Naunyn verlas die Adresse der beiden städtischen Behörden, worauf der Prinz Worte des Dankes erwiederte, worin er aussprach, daß er, falls das Schicksal ihn einmal auf eine höhere Stelle berufen sollte, Alles thun werde, sich derselben würdig zu zeigen, und insbesondere das Wohl der Stadt Berlin jederzeit im Auge zu halten. Er bitte die Anwesenden, ihren Kommittenten zu sagen, daß ihn diese Aufmerksamkeit auf das Innigste gerührt habe, und daß er wiederholt seinen Dank dafür ausspreche. Besondern Eindruck machte die Prinzessin von Preußen durch die herzgewinnende Liebenswürdigkeit, mit der sie sich mit fast allen Einzelnen unterhielt. Gegen die städtische Deputation soll sie geäußert haben: Sie habe ihren Sohn wenigstens in der Liebe zum Vaterlande erzogen, und sie hoffe, er werde sie bewähren. Leider schien die hohe Frau die in Folge der eben überstandenen Körperleiden zurückgebliebenen Nervenleiden noch immer nicht ganz überwunden zu haben. Die Cour dauerte über eine Stunde.

(St.-Anz.)

Oesterreich.

Wien, den 17. Oktober. (N. B.) Das an der Börse verbreitete Gerücht, wonach die Gesandten Oesterreich's und Rußland's in Konstantinopel ihre Pässe wirklich verlangt haben sollen, wurde nur wenig beachtet. — Am Englischen Markte läßt der fast unveränderte Stand der Russischen Produkte auf friedliche Lösung der Konflikte schließen. — Aus Pesth nichts Neues.

— (W. G. B.) Besonderen Anklang fanden in der gestrigen Sitzung des Deutschen Eisenbahn-Kongresses die Berichte über die Vorarbeiten zur Bildung eines auf Gegenseitigkeit zu gründenden „Feuerversicherungs-Vereins"; dann über die finanzielle Lage der verschiedenen Eisenbahn-Verwaltungen. — Ueber die getroffenen Einleitungen zur durchgreifenden Reorganisation des Oesterreichischen Konsulatwesens in der Moldau und Wallachei enthält die „Austria" erfreuliche Mittheilungen. Darunter gehören auch die Versetzungen des bisherigen General-Konsuls in Alexandrien, von Laurin, nach Bukarest und des bisherigen Konsuls in Tripolis, Herrn Merlato, nach Tunis, in Betracht der denselben eröffneten bedeutsameren Einwirkung auf die Oesterreichischen Industrie- und Handelsinteressen.

— (Lith. N. B.) Das Uebereinkommen Oesterreich's und Preußens, in Bezug auf die Deutsche Centralgewalt, wird von den hiesigen Journalen nicht günstig betrachtet, und wird besonders die Schiedsrichterwahl bei Uneinigkeiten als bedenklich hervorgehoben, da hier die Schwierigkeit einer Vereinbarung sich am ersten herausstellt. Eben so bleibt das in Preußen angestrebte Dreikönigs-Bündniß eine offene Frage und von den gefaßten Beschlüssen unberührte Angelegenheit, wodurch der Konflikt, der aus ihr hervorgehen kann, nicht beseitigt erscheint. In solchem Sinne spricht sich auch die gewichtigere Journalistik aus. Nicht „verzweifelnd", wie die „Presse" sich ausdrückt, aber fragend und Bedenken tragend, wie die „Ostdeutsche Post"; zuversichtlicher hoffend, wie der „Lloyd". Der „Wanderer" reiht sich den Bedenklichen in noch schärferer aus-

geprägter Weise, mit den kurzen Worten an: „Aus vollkommen verläßlicher Quelle erfahren wir, daß bei der zwischen Preußen und Oesterreich getroffenen Vereinbarung weder Oesterreichischer noch Preußischer Seits das Dreikönigs-Bündniß und die oktroyirte Reichs-Verfassung in Erwägung gezogen wurden. Der zwischen Oesterreich und Preußen geschlossene Staatsvertrag bedingt eben erst die wahrhafte Konstituirung Deutschlands, und wir vernehmen diesfalls mit Bestimmtheit, daß jene beiden Momente von Oesterreich weder stillschweigend noch direkt anerkannt werden.“ Bedeutsamer als diese verschedenen Meinungsschattirungen, spricht sich ein Schreiben aus Prag vom neuesten Datum aus, über die höheren Ortes obwaltende Vorsorge gegen derartige Eventualitäten. Darin heißt es: „Der Abschluß der Konvention Oesterreich's und Preußen's über die gemeinschaftlich zu errichtende provisorische Centralgewalt für Deutschlaad mag zu dem hier überall verbreiteten und selbst in einem hiesigen Zeitungsblatt wiedergegebenen Gerüchte, daß die Aufstellung des Böhmischen Armee-Corps kontremandirt sei, Veranlassung gegeben haben. Allein das Thatsächliche widerspricht geradezu dem Gerüchte, denn in neuester Zeit wurden Militairverpflegungs-Beamte in die bestimmten Kantonirungs-Bezirke entsendet, um den Bedarf zur Verpflegung von 50,000 Mann Truppen sicher zu stellen. Feldbacköfen zur Bereitung des nöthigen Brotes sind in Stand gesetzt; das Hauptquartier wird durch Kreirung der nöthigen Branchen vervollständigt und täglich rücken Truppen hier ein, die das Armee-Corps zu formiren bestimmt erscheinen. Erzherzog Albrecht entwickelt ungemein viel Energie und Thätigkeit, und will bereits am 1. November sein Hauptquartier in Theresienstadt, mit allem Nothwendigen ausgerüstet, bezogen haben.“ Auch hier erfährt man, daß das Truppenlager in Böhmen fortwährend vermehrt wird. Gleichwohl läßt sich hierbei nur auf das alte Axiom zurückkommen, daß wenn man den Frieden wolle, man sich für den Krieg rüsten müsse.

— Der amtliche Theil des gestrigen Blattes der Wiener Zeitung enthält die Uebereinkunft zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen über einen den übrigen Mitgliedern des Deutschen Bundes vorzulegenden Vorschlag wegen Bildung einer neuen provisorischen Bundes-Central-Kommission.

Frankreich.

Paris, den 15. Oktober. (N.-Z.) Während Herr Thiers sich in seinem Rapporte über die Römische Frage zum Vertheidiger der Oesterreichischen Politik in Italien gemacht hat, geht hier ein Schrei des Abscheues und des Unwillens durch alle in politischen Meinungen auch noch so entgegengesetzte Kreise über die Schlächtereien, denen das unglückliche Ungarn preisgegeben wird. Ich vermag Ihnen die Indignation gar nicht zu schildern, welche die besonnensten Leute darüber äußern. Batthyanyi's Hinrichtung, der auch hier viele persönliche Freunde zählt, öffnet selbst vielen Royalisten das Auge über die Unersättlichkeit der Contre-Revolution. Welch ein blutiger Fleck, welch ein schrecklicher Fluch ist für die Restauration in Frankreich nicht die Hinrichtung Ney's geworden und zu Dutzenden sieht man diese Blutthat, welche für Frankreich so folgenreich wurde, nun an der Donau wiederholt. Ich kann Sie versichern, daß eine Menge der hiesigen Reaktionäre von dem Fanatismus des Oesterreichischen Gouvernements, fast mehr als von der Demokratie für die Contre-Revolution fürchten und ein hiesiger hochgestellter Staatsmann äußerte sich gestern: Der Galgen Batthyanyi's wird das Thor sein, durch welches die Revolution wieder einzieht. Das Französische Gouvernement aber hat sich durch die Italienische Expedition so sehr in die Contre-Revolution verrannt, daß es nicht einmal im Namen der Menschlichkeit, entschlossen gegen die Ungarischen Scenen in Wien ein Wort einzulegen wagt, sondern daß es sich nun erst in dieser Sache nach London wendet, um dann mit England gemeinschaftlich ein Wort für Ungarn zu sprechen. Was die Indignation der öffentlichen Meinung über die Oesterreichischen Galgen und Füsiladen in Ungarn noch bedeutend erhöht, ist die Persönlichkeit, durch welche die Oesterreichische Regierung sich hier seit einigen Wochen in Frankreich vertreten läßt und die wenig geeignet ist, einen wohlthuenden Eindruck, sowohl in diplomatischen Kreisen, wie überhaupt in der öffentlichen Meinung zu machen. Es wäre interessant, zu erfahren, aus welchen Gründen der jetzige Oesterreichische Gesandte in Paris, Herr Alexander v. Hübner seinen wirklichen Namen Joseph Schaberhäferl aufgegeben hat und ob die geheimen Dienste, welche er früher in Leipzig, als Angeber von Schriftstellern, und hier in Paris der Oesterreichischen Regierung geleistet hat, jetzt in Oesterreich zu so hohen Chargen berechtigen, wie Herr Hübner eine erhalten hat? Vom Copistentische in der Wiener Staatskanzlei und von geheimen Polizeimissionen ins Ausland plötzlich ins Oesterreichische Gesandtschaftshotel in Paris versetzt werden, ist doch eine eigenthümliche Carriere? Möglicher Weise ist das Ministerium Schwarzenberg der Ansicht, daß es in Paris mehr eines Oesterreichischen Polizeimanns, als eines Diplomaten bedarf, möglicher Weise hat aber auch das Französische Gouvernement durch eine solche Wahl gekränkt werden sollen. Eine Menge Pariser Blätter hat gegen diese Ernennung ernstlich geeifert, die öffentliche Meinung ist sehr erregt und wenn man auch in den diplomatischen Kreisen die Person von dem Amte zu trennen weiß, so ist doch die jetzige hiesige Oesterreichische Gesandtschaft in keiner Weise geeignet, den Unwillen der öffentlichen Meinung über das, was in Oesterreich und Ungarn vorgeht, in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen. Die gegen den ehemaligen Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung, Hugo Wesendonck aus Düsseldorf ausgesprochene Ausweisung ist nun wiederholt worden. Wesendonck's Reclamationen haben nichts geändert; derselbe begiebt sich nun nach Havre, um sich von da Ende dieses Monats nach New-York einzuschiffen und dort in dem kaufmännischen Geschäfte eines Bruders eine ganz neue Carriere zu beginnen.

— (Nat.-Ztg.) Sitzung der National-Versammlung vom 15. Oktober. Vorsitzender: Dupin. Zuerst werden mehrere Petitionen überreicht, worunter man eine, von mehr als 500 Pariser Bürgern bemerkt, die von dem General Gourgaud überreicht wird und die Wiederherstellung der Reiterstatue des Herzogs von Orleans auf ihrem Piedestal im Hofe des Louvre beantragt. Die Montagne empfängt diese Petition mit Lachen. — Hierauf wird die Kreditbewilligung für die Herzogin von Orleans verhandelt. Bouzat (von der Montagne) stellt den Heirathskontrakt der Frau von Orleans (wie er die verwittwete Herzogin nennt) als einen rein politischen Akt dar, der jetzt seine Bedeutung verloren habe. Dem Ausdruck des Finanzministers, daß der Anstand es verlange, das Wittwengehalt auszuzahlen, erwidert er mit der Ansicht, daß es anständig sei, die Abgaben des Staates zu vermindern, die Armen zu unterstützen, den öffentlichen Beistand zu organisiren und nicht die Prätendentenkinder zu beschenken. Joly (von der Montagne) beleuchtet den Kreditantrag von der politischen, privatrechtlichen und völkerrechtlichen Seite. Er würde nie der Herzogin von Orleans, dem einzigen Mitgliede der gestürzten Familie, das Muth und Würde bewiesen habe, für ihre Person die fragliche Summe streitig machen wollen. Allein es handele sich hier um einen politischen Akt, den Heirathsvertrag, der blos abgeschlossen worden sei, um die Dauer und Beständigkeit der Orlean'schen Race zu sichern. Jetzt, wo dieser Zweck nicht mehr existire, hören auch die Konsequenzen des Vertrages auf. Der Redner erinnert daran, daß der Bruder der Prinzessin Helene ihr vor der Verheirathung sagte: „Eine Ehe mit einem Französischen Prinzen wird für Dich das Schaffot oder die Verbannung sein“, und schließt daraus, daß also die Prinzessin beim Abschluß der Heirath allen persönlichen Vortheilen entsagt haben müsse. Was die völkerrechtliche Seite des Vertrags betreffe, so wundert Joly sich, daß die Legitimisten jetzt die Handlungen der Julidynastie ratifiziren wollen, die sie achtzehn Jahre lang nicht anerkannten. Wenn der Staat Verpflichtungen erfüllen wolle, so möge er lieber die Wittwen der im Februar Gefallenen, welche die Republik gegründet haben, unterstützen, als den geheimen Hoffnungen der Feinde derselben in die Hände arbeiten. (Lebhafter Beifall links.) Lherbette, Präsident des Berichterstattungsausschusses, bekämpft die vorhergehenden Redner und meint, wenn der Bruder der Herzogin von Orleans seiner Schwester auch Schaffott und Verbannung in Aussicht gestellt habe, so könne er doch schwerlich an einen Treubruch Frankreichs gegen sie gedacht haben. Die Regierungsformen können wechseln, aber die Verpflichtungen des Landes, das sie repräsentiren, bleiben dieselben. Auch die Republik, die Regierungsform der Nothwendigkeit (welche Eigenschaft sie am meisten empfehle) dürfe die Verpflichtungen früherer Gewalten nicht verletzen. Huguenin (von der Montagne): Der 24. Februar hat Alles bezahlt und alle Mißbräuche der Monarchieen, die Dotationen u. dergl. vernichtet. Das Wittwengehalt ist nur ein Theil der Dotation des Herzogs von Orleans, wie das Gesetz über diese beweist, und hört daher auch damit zugleich auf. Ueberdies bezieht sich das Wittwengeld blos auf die Eigenschaft als Gemahlin des Thronfolgers, nicht auf die Person, und kann daher nicht länger dauern, als die Eigenschaft. Man sagt, daß die Ehre Frankreichs die Bezahlung verlange. Allein ich finde, daß Frankreich sich ebenso sehr ehren würde, wenn es die 300,000 Franken zur Unterstützung der Armen und zur Errichtung nützlicher Anstalten verwenden wollte. Passy, Finanzminister: Die Frage ist einfach, ob der Staat verpflichtet ist oder nicht. Selbst die rechtmäßigste Revolution, eine Revolution, die ein Volk macht, weil es die gewünschten Güter unter einer Regierung nicht anders erreichen kann (Murren rechts), kann den Staat der eingegangenen Verpflichtungen nicht entbinden. Der Vortrag existirt, obwohl politischen Ursprungs, mit seinen persönlichen Konsequenzen. Ich muß aber der Herzogin von Orleans zu ihrer Ehre nachsagen, daß sie nie ihr Wittwengehalt verlangt hat. Im vorigen Jahre schrieb sie ihrem Notar in Paris, daß wenn der Staat das Geld nicht behalten wolle, dasselbe unter nothleidende Arbeiter und an Wohlthätigkeits-Anstalten vertheilt werden möchte. Wenn mein Vorschlag verworfen werden sollte, so müßte ich bedauern, dadurch ohne meinen Willen dazu beigetragen zu haben, Frankreich um seinen alten Ruf der Redlichkeit und Erfüllung seiner Versprechen zu bringen. Mauguin bringt einen Zusatzantrag ein, der lautet: „Vorstehende Zahlung kann jedoch nur auf ausdrückliches Verlangen der Herzogin von Orleans stattfinden. Unverzüglich nach geschehener Zahlung wird der Finanzminister die Wiedererstattung durch den Exkönig Louis Philipp, den wirklichen Schuldner des Wittwengehaltes einleiten und schon jetzt gegen die Güter desselben die nöthigen Maßregeln zur Sicherung der Rechte des Staatsschatzes ergreifen.“ Da es schon 6 Uhr ist, so wird die weitere Verhandlung auf morgen vertagt.

Paris, den 16. Oktober. Man liest im „Evenement:“ In dem gestern Morgen im Elysée abgehaltenen Ministerrathe ist entschieden worden, daß die Regierung ausschließlich die im Schreiben L. Napoleons über die römischen Angelegenheiten bezeichnete Politik befolgen werde und daß die Politik, welche dem Berichte des Herrn Thiers zur Grundlage gedient habe, dem Interesse, der Ehre und der Würde Frankreichs zuwider sei. Man sprach in der Versammlung von einer Note, welche L. Napoleon verfaßt habe und welche seinen völligen Bruch mit der Politik, deren Organ der Bericht des Herrn Thiers ist, herausstellen werde. Diese Note ward sogar schon dem amtlichen „Moniteur“ zugeschickt, jedoch wieder zurückgenommen, um in anderer Form eingerückt zu werden. Wir glauben versichern zu können, daß das präsidentliche Manifest im morgenden „Moniteur“ erscheinen wird. Sobald Herr de Falloux gestern Abend erfuhr, daß der Ministerpräsident diesem Beschlusse des Präsidenten zugestimmt habe, sandte auf der Stelle seine Demission. Der Präsident hat demnach der Majorität der Versammlung den Krieg erklärt. Gestern Nachmittag 4 Uhr traten etwa 10 seiner Politik zugethane Repräsentanten in einem der Bureaus zusammen und versuchten Thiers, Molé und Broglie zu dieser Politik hinüberzuziehen. Letztere sollen aber sömlich erklärt haben, gaß sie an den Schlußfolgerungen des Thiersschen Berichts festhalten würden. Ein anderes Abendblatt, die „Patrie,“ bestätigt die obigen Angaben nach ihrem ganzen Inhalte und fast in den nämlichen Ausdrücken.

Mehrere Unterpräfekten und Maire's hatten beim Minister des Innern angefragt, ob der Art. 4, des Aktes vom 27. Juli 1849, der die Veröffentlichung falscher Nachrichten betrifft, welche die öffentliche Ruhe zu stören geeignet sind, nicht bloß auf die Veröffentlichung durch die Presse, sondern auch auf mündliche Ankündigungen anwendbar sei. Der Minister hat bejahend geantwortet und die Provinzialbehörden sind demgemäß aufgefordert, gegen Personen, welche solcher Vergehen schuldig sind, sofort einzuschreiten. — Die Repräsentanten Lucien Bonaparte, d'Hautpoul, Ch. Dupin, Lemercier 2c. hatten der National-Versammlung einen Vorschlag übergeben, wornach auf deren Kosten vom 1. November bis 1. Mai monatlich 1000 Portionen Suppe und 1000 Büschel Holz unter die ärmsten Einwohner vertheilt werden sollten. Lemercier kündigte jedoch am Schlusse der gestrigen Sitzung an, daß er im Namen der Antragsteller den Vorschlag zurückziehe, weil er keine günstige Aufnahme gefunden habe. Die demokratischen Blätter hatten schon im Voraus das gewaltige Opfer, welches die Versammlung durch monatliche Verausgabung von 330 Fr. sich aufbürden würde, höhnisch bespöttelt. Eines derselben bemerkt, daß blos die verschiedenen Associationen der Köche täglich über 3000 Portionen Suppe an die Armen vertheilen. (Köln.-Z.)

— Prozeß von Versailles. Sitzung vom 14. Oktober. Nach der Verlesung des letzten Theils des Anklageakts wollte gestern der Präsident noch das Verhör der Angeklagten beginnen. Allein sie verweigerten alle zu antworten, die einen unbedingt, die anderen bis die Zeugen vernommen worden seien, damit sie erst sähen, was man gegen sie vorbringen wolle. Der Angeklagte André erklärt seinen Entschluß in folgenden Worten: „Die vollziehende Gewalt und die Nationalversammlung haben schändlicher Weise die Verfassung verletzt. Für mich existirt keine Regierung mehr. Diese große Streitfrage muß erledigt werden. Ich verlange, daß der Advokat Bac auftrete, um feierlich über das Recht und die Pflicht zum Aufstande zu debattiren. Der Angeklagte Commissaire protestirt nochmals gegen den von der „Assemblée Nationale“ ihm zugeschriebenen Brief an einen deutschen Republikaner in der Pfalz. Das Beste dabei ist, setzt er hinzu, daß der Brief deutsch geschrieben sein soll, eine Sprache, die ich gar nicht verstehe. (Heiterkeit im Auditorium.) Der Angeklagte Lemaitre sagt: Man macht mir einen Tendenz-Prozeß. Es liegt gar nichts gegen mich vor. Man klagt mich an, weil ich Sozialist bin, und mehr oder weniger lange Bärte zu mir gekommen sein sollen. (Lachen.) Einige der Angeklagten und auch Guinard und Forestier antworten nicht, weil ihre Mitangeklagten zu schweigen beschlossen haben. — Man unterhielt sich allgemein darüber, daß der Staatsprokurator Baroche sein Recht, die ihm mißliebigen Geschwornen auszuscheiden, ganz erschöpft hat, indem er 8 von der Liste strich, während die Angeklagten keinen einzigen der Geschwornen zurückgewiesen haben. Das Loos hatte aus den Departementalräthen von Frankreich Männer von so ziemlich allen Meinungen bezeichnet.

Sitzung vom 15 Oktober. Die Sitzung beginnt um 11½ Uhr. Der Präsident ordnet das Lesen der Verhörsdokumente an, da die Angeklagten sich gestern geweigert hatten zu sprechen. Langlois erklärt, erst nach dem Zeugenverhör antworten zu wollen. Der Staatsprokurator besteht darauf, daß ihm der Angeklagte Auskunft über die Anschlagzettel ertheile, worauf ihm Langlois barsch sagt, er glaube, daß er französisch gesprochen habe. (N.-Z.)

Kammer-Verhandlungen.

35ste Sitzung der zweiten Kammer vom 18. October.
(Eröffnung der Sitzung 10¼ Uhr.)

Am Ministertische: v. d. Heydt und der Abg. v. Griesheim in Uniform, letzterer als Vertreter des Kriegsministers.

Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung der Berathung des Berichts der Commission für Handel und Gewerbe über die Revision der Verordnung vom 9. Febr. d. J. betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der allgemeinen Gewerbeordnung, sowie über den Antrag der Abg. Froehner und Genossen und über die zu denselben Gegenständen eingegangenen Petitionen; 2) Bericht der für die Prüfung der Gesetzes-Vorlage über den Bau der Ostbahn, der Westphälischen und der Saarbrücker Eisenbahn ernannten Commission.

v. Auerswald: Der Abg. Fröhner hatte gestern in seiner Rede gesagt: es seien im vergangenen Jahre den Handwerkern theils von einem Manne, der jetzt als Abgeordneter hier sei, theils von einem Manne, der damals Direktor einer Abtheilung gewesen und jetzt Minister sei, noch unerfüllte Versprechungen gemacht worden. Der Abg. v. Auerswald, der sich hierdurch zunächst angegriffen findet, legt nun zunächst ruhig und in überzeugender Weise die schwierige Lage dar, in der sich das Ministerium, an dem er Theil hatte den Arbeitern gegenüber befand. An eigentliche Reformen in Gewerbe- und Arbeiter-Verhältnissen war damals nicht zu denken, es galt nur von Einem zum andern Tage Arbeit herbeizuschaffen.

Nach Auerswald verlangt der Herr Minister v. d. Heydt das Wort, weil der zu gleicher Zeit von Herrn Fröhner angegriffene Minister des Innern nicht zugegen sei. Derselbe sei ein Ehrenmann und habe noch nie ein Versprechen unerfüllt gelassen.

Nachdem Herr Fröhner versichert hat, daß er Niemandes Charakter habe verunglimpfen wollen, und in seinen Aeußerungen die Grenzen der Redefreiheit keineswegs überschritten zu haben glaube, bemerkt der Präsident Graf von Schwerin: Herr Fröhner habe ihm zu einem Ordnungsrufe durchaus keine Veranlassung gegeben.

Die Kammer geht hierauf zur Diskussion des Gewerbegesetzes über, indem Vicepräsident Simson den Präsidentensitz einnimmt.

Abg. Trojan verbreitet sich über die Folgen der Gewerbefreiheit. Er rechnet darunter das vermehrte Proletariat der Städte, die unerschwingliche Communalausgaben und gelegentlich das Auftauchen Bassermann'scher Gestalten. Er wisse wohl, daß diese Erscheinungen auch andere Ursachen haben, — er führe z. B. die Freizügigkeit an — aber den größten Theil der Schuld trage die Gewerbefreiheit. Die Verordnung wolle nun diese Pandorabüchse schließen, doch werde diese gute Absicht durch §. 40. illusorisch gemacht, welcher den Beitritt zur Innung nicht zur Pflicht mache.

Dadurch werde die Sache beim Alten bleiben. Er schließt: Wir alle wollen es uns zum Gewerbe machen, dem Gewerbe zu helfen, ich glaube, daß der Antrag des Abg. Fröhner dahin führe.

Abg. Möcke verliest eine lange Abhandlung über die schrankenlose Gewerbefreiheit, indem er sich für den Commissionsantrag erklärt. Der Präsident muß die unruhige Versammlung häufig durch die Glocke beruhigen, und als Graf Schwerin wieder den Präsidentensitz einnimmt, wird derselbe von verschiedenen Seiten dazu aufgefordert, dem Redner das Wort zu entziehen, doch der Präsident erklärt, er glaube, der Redner benutze nur einige Notizen und dies sei nach der Geschäftsordnung zulässig. Der Redner hält sich sodann weniger an sein Manuscript und empfiehlt schließlich den Gesetzentwurf in allen seinen Theilen.

Abg. Stiehl meint, daß es nothwendig sei, die einzelnen Paragraphen auf's Genaueste zu diskutiren. Sollte dies jedoch bei den anderen vorliegenden dringenden Arbeiten nicht möglich erscheinen, gut, so solle man das Gewerbegesetz dem Leben übergeben, und wenn es dort seinen Werth und Nichtwerth gezeigt habe; dann solle die Kammer es wieder vornehmen und reiflich erörtern.

Abg Trepplin: Die Gewerbefreiheit ist ein Kind der ersten Revolution, das vorliegende Gewerbegesetz ein Kind der vorjährigen Revolution. Der Redner erklärt sich hierauf für Innungen aber gegen den Zunftzopf und empfiehlt auf's lebhafteste den Commissions-Antrag mit dem Amendement Dürre, welches den Handwerkern die Pflicht auferlegt, fortan den Innungen beizutreten und sich einer Prüfungs-Commission zu unterwerfen.

v. d. Heydt: Der Vorredner habe aus dem Gesetze vom 9ten Februar geschlossen, daß der Innungszwang noch proponirt werden solle. Es sei derartiges darin zwar vorbehalten; allein es erscheine doch nicht als nothwendig, so weit in die persönliche Freiheit einzugreifen, um den Wohlstand der Gewerbetreibenden zu befördern.

Abg. Dürre (für sein Amendement) sieht in den Innungen eine Garantie 1) für das materielle Gedeihen des Gewerbestandes; 2) für dessen sichtliche Hebung und 3) für eine glückliche politische Entwickelung. Er fordert die Kammer auf, auf die Stimme der Handwerker zu hören. Er beruft sich namentlich auf die Westphalen und Sachsen. Man möge alle Vorschläge prüfen, — jedenfalls aber würden die Handwerker das Gesetz vom 9. Febr. als den Anfangspunkt eines neuen Innungswesens auch ferner betrachten.

Abg. v. Bismark-Schönhausen glaubt, daß die Noth der Handwerker und Arbeiter außerhalb des Bereiches der Gesetze liege. Der Verdienst sei hinlänglich. Der Redner führt an, was ein Holzhauer und ein Schneider, der für ein Kleidermagazin arbeite, in Berlin täglich verdiene. Er ist aber für Innungszwang und bedauert die vorhin abgegebene Erklärung des Ministers v. d. Heydt. Die Einrichtung des Zunftwesens erscheint ihm ebenso wichtig, als einst die Herstellung eines freien Bauernstandes, um derentwillen man die wichtigsten und folgereichsten Eingriffe in das Eigenthum nicht scheute.

Minister v. d. Heydt bemerkt, daß das Ministerium den Volkswünschen auch in dieser Angelegenheit so weit, als sein Gewissen es erlaube, nachgegeben habe.

Abg. v. Beckerath: Die Gewerbefreiheit ist so wenig vertreten worden, daß ich es für Pflicht halte, diese Seite näher zu erörtern. Der Abg. v. Bismark-Schönhausen hat verlangt, daß der Stand der Handwerker eben so des Schutzes genießen solle, wie die Kaufleute in Bezug auf das Ausland. Dieser Grundsatz würde uns zu dem früheren Staatswesen zurückführen, welches, wenn ich nicht irre, das Ideal des geehrten Redners ist. Berichtet uns aber die Geschichte nicht, daß damals zwar die Bevorrechteten sich wohl befanden, daß aber Schaaren von Bettlern im Lande herumzogen, von Kloster zu Kloster, von Stadt zu Stadt? Dieser Zustand dürfte nicht für uns wünschenswerth sein. — Der Abg. Möcke hat verlangt, daß der Staat für die Arbeit sorgen solle, daß er gesetzgeberisch einschreite. Dies ist eine Unmöglichkeit. Die Freiheit bedarf der Regelung, diese darf aber nicht zur Beschränkung werden. Jedes System der Beschränkung ist eine Begünstigung der einen Klasse der Staatsbürger, zum Nachtheil der Andern Der Staat kann Nichts thun als jedes Hinderniß der freien Entwickelung forträumen. Der Redner hat auf Frankreich hingewiesen und gesagt, daß die Legionen der Gewerbefreiheit auf die Barrikaden gingen. Solche historische Anführungen sind äußerst mißlich. Mit demselben Rechte kann ich sagen: die Legionen der Zünfte sind in die Schlacht bei Jena gezogen und haben den Staat in den Abgrund gestürzt. (Murren.) Mit demselben Rechte kann ich sagen: die Legionen der Gewerbefreiheit sind in Schlachten bei Lützen und Leipzig gezogen und haben das Vaterland gerettet. (Bravo!) Hüten wir uns an den Säulen des Staats zu rütteln! Das ist nicht conservativ. Man hat der Stein'schen Gesetzgebung vorgeworfen, sie habe Schuld an der Verarmung des Volkes, sie hätte gleichsam den Staat in Anarchie gestürzt. Meine Herren! Dies bedarf keiner Widerlegung. Wenn aber gesagt worden ist, daß manche Anhänger dieser Gesetzgebung Jacobiner des Hofes gewesen, so wird dies den Glanz jener großen Urheber der Gesetzgebung nicht verdunkeln; wenn damit jedoch die spätern Staatsmänner gemeint worden sind, so werden uns die Mitglieder für Prenzlau und für Hagen die beste Aufklärung darüber geben. Eine schrankenlose Freiheit will ich auf keinem Gebiete. Das vorliegende Gesetz enthält zwar hier und da zu weit gehende Beschränkungen, doch kann ich mich mit dem ihm zu Grunde liegenden Prinzip der Innungen einverstanden erklären und habe in diesem Sinne auch gegen das Dürresche Amendement nichts einzuwenden. Ich wünsche aber am wenigsten Vorschriften über Arbeitstheilung. In jedem Menschen muß das Gefühl erweckt werden, daß er seine Thätigkeit nach allen Seiten hin entwickeln könne. Es muß in ihm geweckt werden Treue gegen den König, Gehorsam gegen die Gesetze. Führen Sie aber einen Zwang ein, so ist das der erste Schritt, der zurückführt zu dem alten Kastenwesen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Winzler spricht in gemüthlicher Weise unter fortwährender Unruhe der Versammlung und von Gelächter wiederholt unterbrochen über alles Mögliche, namentlich über sein Amendement, das aber, wie der Präsident bemerkt, gar nicht unterstützt ist. Der Redner ist gegen die Gewerberäthe, weil nicht sie, sondern die Summen, welche Preußen prachtvollen Bauten abziehen könnte, im Stande sind der Noth der schlesischen Weber abzuhelfen.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen): Das Gesetz von 1810 habe in die Verhältnisse zum Theil auf eine sehr störende Weise eingegriffen. Das Gesetz von 1845 behielt die Gewerbefreiheit bei, bestrebte sich aber, sie zu regeln. Die Ausführung dieser Organisation war noch nicht beendet, als die Ereignisse der neusten Zeit eintraten. Der Redner will das Gesetz vom 9. Februar nicht tadeln. Es war ein Versuch der Vermittelung der Gewerbefreiheit mit ältern Institutionen. Nachdem nun so viele Versuche gemacht seien in dieser Angelegenheit, möge man doch zunächst einmal die deutsche Gesetzgebung abwarten, falls wir die ersehnte erhalten sollten. Der Partikularismus ist hier wahrlich nicht angewandt. Ueber den Commissionsbericht äußert sich der Redner nicht eben günstig. Er sei sehr weitläufig, dennoch aber habe die Commission an dem Gesetze nichts geändert. Das scheine ihm darauf hinzudeuten, daß auch sie vor der Hand keine neue Gesetzgebung wolle. Es folgt hierauf eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. v. Bismark-Schönhausen sagt, er sei von demselben mißverstanden worden, was ihm um so mehr leid thue, da sich derselbe so angelegentlich mit seiner Person beschäftigt zu haben scheine. (Heiterkeit.) Wenn der Abgeordnete aber auch heute, wie so oft schon, behauptet hätte, daß sein Ideal die mittelalterliche Staatsform sei, so habe er bisher immer nur gezeigt, daß er keine schwärmerische Anhänglichkeit zu Frankfurter Theorien habe. Es sei übrigens das letzte Mal, daß er dem Abg. v. Beckerath auf ähnliche Behauptungen antworten werde.

Nachdem Herr Aster als Commissar des Ministeriums und Hr. Viebahn als Referent noch gesprochen, kommt es zur Abstimmung. Der erste und zweite Paragraph des Gesetzes, welche von der Errichtung der Gewerberäthe und ihren Befugnissen handeln, werden unverändert angenommen.

(Schluß der Sitzung: 3½ Uhr.)
(Nächste Sitzung: Morgen um 12 Uhr.)

Locales 2c.

Posen, den 20. Oktober. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß als Grundlage der socialen Wohlfahrt eines Staats die möglichst hohe Ausbildung der verschiedenen Schichten der Staatsangehörigen zu betrachten sei, und mit dem genugthuenden Bewußtsein, daß Preußens monarchische Regierung sich von jeher diese gleichmäßige Bildung seiner Staatsangehörigen zur Aufgabe gemacht und dieses lobenswerthe Streben nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, ja über die Grenzen Europa's hinaus, von allen civilisirten Staaten anerkannt worden ist, bringen wir nachträglich die Ansprache des Lehrers Rasche bei Eröffnung der Zeichnenschule (s. d. Ztg. vom 20. Okt.), weil wir glauben, daß jedes Symptom eines Fortschritts in der Ausbildung des für das Staatswohl so wichtigen Handwerkerstandes vor Allem sorgsam beachtet und von der Presse insbesondere freudig begrüßt zu werden verdient. V.

Die Ansprache lautet: „Meine Herren! Wenn wir das Leben betrachten, so bietet es uns ein Dasein voller Sorgen und Kümmernisse dar: die Mehrzahl der Menschen muß im Schweiße des Angesichts ihr Brod verdienen! Was aber ist es, das dem Menschen Ansehn und innere Befriedigung verleihen kann, gleichviel ob seine Stellung hoch und sein Reichthum groß, oder ob sein Vermögen eben nur hinreicht, die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen; was ist es, das ihn zum Genuß vieler Freuden des Lebens gelangen läßt? Es ist die moralische Bildung, der Fleiß und die Geschicklichkeit! Die Tugend, das menschenfreundliche Herz gewinnt ihm die Herzen der Anderen und erweckt Liebe und Freundschaft und die Geschicklichkeit, die fesselt Aller Interessen an ihn. Das Werk, zu welchem wir heute den Grund legen, ist zur Förderung der Zwecke des Handwerkerstandes, eines bedeutungsvollen Standes im Staate bestimmt. Dieser Stand hat recht eigentlich die Wissenschaft und die Kunst in sich aufzunehmen, um seinen Beruf getreu erfüllen zu können. Was wollte wohl die Wissenschaft anfangen, wenn ihr nicht der praktisch erfahrene und in seinem Fache tüchtig ausgebildete Handwerker hülfreich zur Seite stände? Wie hätten wohl die neuen Erfindungen ins Leben dringen und dort Segen bringen können, hätte der Handwerker nicht mit geschickter, kräftiger Hand und mit Ausdauer bei der Arbeit die Ideen des Gelehrten und des Künstlers verwirklichen und vervielfältigen helfen? Aber ebenso, wie die Wissenschaft und die Kunst des tüchtigen Handwerkers nicht entbehren kann, so bedarf der Handwerker der Wissenschaft und der Kunst nothwendig zu seiner eigenen Existenz. Der Handwerstand ist aber jetzt im Allgemeinen ein unterm Drucke vieler Kümmernisse seufzender Stand, weil es seinen jungen Mitgliedern an denjenigen Bildungselementen fehlt, welche sie befähigen, moralisch stark und geschickt zu werden. Es täuschen sich diejenigen, welche glauben, daß die Regierung allein durch politische Institutionen den Uebelständen abhelfen könnte, diejenigen, welche sich auf die gebratenen Tauben verlassen, die ihnen in den Mund fliegen sollen. Hier heißt es, selbst anfassen, sich selbst überwinden und kleine Opfer nicht scheuen, wo es gilt, den ganzen großen Stand der Handwerker zu heben! Hierzu ein Scherflein beizutragen, sind angesehene Männer aus dem Handwerkerstande mit mir vereint zusammengetreten zur Gründung dieser Zeichnenschule, welche den jungen Handwerkern eine nützliche und angenehme Anregung für ihre Ausbildung und ihr Fortkommen geben soll; unser geehrter Magistrat hat bereitwillig zu diesem Zwecke das Lokal hergegeben und dürfen wir hoffen, daß er uns auch ferner seine Hülfe — wo sie Noth thut — nicht versagen wird. Es ist heute ein wichtiger Tag für uns: die Gründung dieser Zeichnenschule und der Geburtstag unseres Königs; es ist Pflicht jedes Sohnes des Vaterlandes, von unerschütterlicher Pietät gegen das Staatsoberhaupt erfüllt zu sein. So wünsche auch ich an diesem Tage unserem Könige dauernde Kraft und stetes Wohlergehen und für uns Sein reges Interesse für die wahre Kräftigung und Hebung des Handwerkerstandes."

*† Bromberg, den 19. Oktober. Das 14. Infanterie-Regiment, welches längere Zeit in Stargard in Garnison war, dann bei der vorjährigen Insurrektion hierher kam und jetzt theils in Berlin, theils in Brandenburg steht, hat in diesem Jahre einen großen Theil seiner Rekruten aus Pommern beziehen müssen, während es sonst in unserm Departement rekrutirt. Die zu der Rekrutenstellung verpflichteten Kreise sollen nämlich diesmal die nöthige Zahl nicht haben aufbringen können, da die vorhandenen Leute großentheils zu klein und schwächlich waren. — In der am verflossenen Mittwoch stattgehabten Sitzung des patriotischen Vereins, welche außerordentlich zahlreich besucht war, nahm der Major v. Olberg, welcher für die erste Kammer als Deputirter gewählt ist, und in diesen Tagen nach Berlin abreist, Abschied von der Gesellschaft; ein donnerndes Hoch antwortete ihm, da es Jeder wohl fühlte, daß gerade er eins von den Mitgliedern des Vereins ist, dem derselbe theils seine Erweiterung, theils reiche Belehrung zu danken hat. Auch kam in dieser Sitzung die Errichtung einer Gewerbehalle zur Sprache, über welche eine gemischte Kommission des patriotischen und des Handwerker-Vereins bereits eine Menge von Vorberathungen gehalten hatte. Selbige wurde einstimmig genehmigt und sogleich die Statuten berathen, nach welchen die neue Schöpfung in's Leben tritt, sobald das Kapital von 2000 Thaler, welches durch Aktien à 5 Thaler kreirt werden soll, zusammengebracht sein wird. Der Zweck dieses Instituts ist, — wie bereits in einem früheren Bericht angegeben — einerseits die wohlhabenden Handwerker von der Last, ein eignes Lager der gefertigten Gegenstände zu halten, zu befreien, indem ihnen ein gemeinschaftliches Verkaufslokal zu Gebote stehen wird, andrerseits aber den minder wohlhabenden Handwerkern auf die von ihnen gefertigten Arbeiten Geld bis zur Hälfte des Werthes vorzuschießen, die Arbeiten der Letztern bleiben dann in der Gewerbehalle bis zu ihrem Verkauf, das ihnen darauf gegebene Darlehn wird mit 5 pCt. verzinst. Gleich in der Sitzung selbst wurde etwa der 6te Theil der Aktien gezeichnet, und es steht also die Einrichtung der Halle selbst in naher Aussicht.

†* Bromberg, den 18. Oktober. Unserer Stadt steht eine Verschönerung bevor, indem das schöne Postgebäude noch vergrößert und erweitert werden soll. Nach der neuen Posteinrichtung ist nämlich zu erwarten und soll auch bereits von den höchsten Behörden ausgesprochen sein, daß hierher ein Bezirkspostamt gelegt werden wird, welches schon mit dem 1. Januar in's Leben treten dürfte. Mit dieser Einrichtung würde eine Menge von neuen Geschäftslokalen und zugleich Dienstwohnungen nöthig werden, weshalb an der Stelle, wo jetzt die Pferde untergebracht sind, ein großes sich an die alte Post anschließendes Gebäude im nächsten Jahre errichtet werden soll. Auf diese Weise würde sich dann der Verkehr und Wohlstand unserer Stadt noch immer mehr heben, der durch die in den letzten Jahren auf das Doppelte erhöhte Garnison, die Menge von hohen Militairpersonen, welche mit der Herlegung eines Divisionsstabes hierher gekommen sind, so wie auch durch die Eisenbahn-Direktion und die Eisenbahnarbeiter schon sehr gehoben worden ist. — Am letzten Sonntage (den 14.) hatten wir das traurige Schauspiel, einen Soldaten in voller Uniform an Hand und Fuß mit Ketten geschlossen nach der Festung Graudenz abführen zu sehen. Selbiger gehörte der 6. Kompagnie des 4. Regiments an und ist bereits zum dritten Male desertirt. Die beiden ersten Male ist er mit strengem Arrest bestraft worden, diesmal aber erwartet man einen sehr harten Urtheilsspruch. — Die Falschmünzerbande in dem Dorfe Slesin bestand aus Eisenbahnarbeitern; der an demselben Tage eingezogene Eisenbahninspektor soll mit derselben in keiner direkten Verbindung gestanden haben. Selbiger ist vielmehr ein von den Berliner Behörden bereits seit 1¼ Jahr verfolgter Verbrecher, der sich bis jetzt noch immer der gefänglichen Einziehung zu entziehen gewußt hatte. — In Thorn wird geklagt, daß der geringe Grenzverkehr dadurch noch Abbruch erleidet, daß geheime Denuncianten der Russischen Behörde Kenntniß davon geben, wenn Jemand ohne Paß die Grenzstadt besucht. Diese Art Leute sollen sich dabei sehr gut stehen, da Rußland, wie bekannt, die Spionirerei am besten bezahlt.

Verantw. Redakteur: C. H. E. Violet.

Posen, den 20. Oktober. So gern wir auch der „Zeitung des Osten", als Vertreterin einer temporären und vulgären Politik, schon aus dem Grunde unsern Beifall schenken, weil sie recht deutlich zeigt, wie viel und wie wenig die eben losgelassene Presse ans Licht der Welt zu bringen vermag und wie schwer der Uebergang von gedruckter Flatterei bis hin zur Presse gediegener Freiheit (sic!) fällt, — so können wir dennoch jene, auf einen hämischen Gesichtszug deutende Polemik oder vielmehr Hechelei nicht billigen, wie sie sich in dem Artikel vom 17ten d. M. Nr. 183. ausspricht. Nachdem nämlich den sogenannten schwarz-weißen Blättern in Bezug auf ihre Entrüstung über die Todesurtheile in Ungarn der Zweck untergelegt ist, Oesterreich gegenüber Preußens Humanität hervorzuheben, schließt der Artikel:

„Ist das Humanität? Wir wollen uns einer nähern Bezeichnung dieser Handlungsweise enthalten, denn es ist unnöthig auszusprechen, was ohnedies Jeder denkt und fühlt."

Dergleichen Artikel, die mit einer entsetzlichen Deklamation von blutiger Sündfluth, Blutströmen und Bestialität beginnen und dann damit im Sande sich verlieren, „daß es unnöthig sei auszusprechen, was ohnedies Jeder denke und fühle", sind in politischer Beziehung, da die Politik nicht für Alle zum beliebigen Griff auf der Gasse liegt, verkommene und todtgeborne, die Luft-Probe nicht aushaltende Geschöpfe; und wahrlich, wir würden uns nicht bemühen, eine Grabschrift zu liefern, wenn wir nicht so rücksichtsvoll wären, selbst die Wehen der sonst so gebährlustigen Mutter jenes vor dem Tode todten Wesens anzuerkennen, der wir von Herzen wünschen, daß sie die vielleicht baldige zweite Entbindung von einem bessern Erfolge gekrönt sehe.

Dem eben gedachten Artikel schließt sich noch ein zweiter aus Ostrowo an, der als ein höchst naives Kind zur Welt gekommen ist. Da das Naive stets einen großen Reiz ausübt und das Originelle desselben so leicht verloren geht, so überlassen wir, den besagten Artikel in der „Zeitung des Osten" aufzusuchen. Uns selbst klingt es jedoch fast zu naiv, wenn in einem moralisirenden Trompeten-Tone vom hohen Thurme herabgelasen wird: „Abgesehen von der richtigen Ansicht, daß alle sogenannten politischen Prozesse nur eine Wiederholung der Hexen-Prozesse aus der guten alten Zeit sind u. s. w." und man dann damit schließt: „daß die Richter durch Freisprechung (der politisch Angeschuldigten zu Ostrowo nämlich) ihr Gewissen nicht sehr beschwert haben würden." Wir kennen bis jetzt den Tarif nicht, nach welchem man das Gewissen während des Geschwornen-Amtes — sehr schwer, schwer, leicht, leichter oder ein bischen beschweren darf, wittern aber in diesen Worten einen Vorwurf gegen andere Leute, die mitzusprechen gehabt haben, und ihr Gewissen, je nach dem mysteriösen Tarif entweder sehr, oder doch vielleicht ein bischen beschwert fühlen möchten.

Posen. — Interpellation an die Vertreter der Stadt Posen. Es ist erfreulich, daß endlich die Wichtigkeit der Eisenbahnen — dieses mächtigsten Hebels des Handels und der Industrie — hier eingesehen worden.

Dies beweiset einigermaßen die Petition der hiesigen Stadt-Verordneten wegen des sofortigen Baues der Schlesischen Eisenbahn; aber warum ist man auf halbem Wege stehen geblieben, und hat der übrigen nicht weniger wichtigen und nöthigen Schienenwege von

Posen nach Bromberg, Frankfurt a/O. und der Polnischen Gränze ganz vergessen? Es ist ja die Wichtigkeit und Unabweislichkeit der gedachten Eisenbahnen so unwiderleglich in der Zeitung des Osten No. 180. dargestellt worden!

An Menschen!

„Alle Bekenner eines menschlicheren Glaubens als desjenigen, welcher die Andersgläubigen zu Strang und Festung verurtheilt, zu Pulver und Blei und zum Zuchthaus begnadigt, mögen sich in glücklicherer Lebenslage der armen Verbannten erinnern." (Ostsee-Zeitung.)

Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz und London sind in fürchterlicher Noth. Bürger Posens! Gedenket der Unglücklichen und erfreuet sie durch Unterstützungen. Die Redaction der Ostsee-Zeitung in Stettin hat sich menschenfreundlichst der Empfangnahme und Weiterbeförderung der Gaben unterzogen. Möge auch aus Posen den leidenden Landsleuten Trost durch Thaten brüderlicher Liebe werden. E.

Musikalisches.

Binnen wenigen Tagen sehen wir der Ankunft eines bedeutenden Tonkünstlers entgegen. Der ausgezeichnete Violinspieler, Conzertmeister Rudersdorf aus London, wird auf seiner Reise nach Holland hier durch passiren. Wir können nicht umhin, das Musikliebende Publikum hierauf aufmerksam zu machen.

Herr Rudersdorf gehört unstreitig in die Klasse der ersten Violin-Virtuosen unserer Zeit, und wir schmeicheln uns mit der Hoffnung, daß er Posen nicht verlassen wird, ohne uns Gelegenheit gegeben zu haben, sein schönes Talent in einem öffentlichen Conzert zu bewundern.

Markt-Berichte.

Posen, den 19. Oktober.

Waizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 14 Sgr. 3 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Kartoffeln 9 Sgr. bis 10 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 19. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 53—58 Rthlr. Roggen loco und schwimmend $25\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Oktober, Oktober/November und Novbr./Decbr. $25\frac{3}{4}$ a $25\frac{1}{4}$ Rthlr. verk., $25\frac{1}{2}$ Br., $25\frac{1}{4}$ Gld., pr. Frühjahr $27\frac{5}{6}$ a $27\frac{1}{2}$ Rthlr. verk., $27\frac{1}{2}$ Br. u. G. Gerste, große loco 24—26 Rthlr., kleine 18—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—17 Rthlr. pr. October 48pfünd. 15 Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G., 50pfünd. 16 Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ Gld., pr. Frühjahr 48pfd. 16 Rthlr., 50pfd. 17 Rthlr. Rüböl loco $15\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., pr. Oktober $15\frac{1}{6}$ Rthlr. bez. u. Br., pr. Oktbr./Novbr. $14\frac{7}{8}$ Rthlr. Br., $14\frac{3}{4}$ G., Novbr./December $14\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $14\frac{3}{4}$ G., Decbr./Jan. $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{2}{3}$ G., Jan./Februar $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{7}{12}$ G., Febr./März $14\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G., März/April $14\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{3}$ G., April/Mai $14\frac{1}{3}$ a $\frac{1}{6}$ Rthlr. verk., zuletzt $14\frac{1}{4}$ bez. u. Br. Leinöl loco $13\frac{3}{4}$ Rtlr. Br., Lieferung pr. Oktbr. $12\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $12\frac{7}{12}$ bez. u. G., November/December $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{3}$ G., pr. Frühjahr $12\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 12 G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ a 15 Rthlr. Hanföl $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Südseethran $12\frac{1}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{2}{3}$ a $15\frac{3}{4}$ Rthlr. bez., mit Faß pr. Oktbr. $14\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G., Okt./Novbr. u. Novbr./Decbr. $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., pr. Frühjahr $15\frac{7}{8}$ Rthlr. Br., $15\frac{3}{4}$ bez. u. G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Sonntag den 21. Oktober zum Erstenmale: Deborah, Schauspiel in 4 Akten von S. H. Mosenthal.

Bekanntmachung.

Der Handelsmann Heinrich Silberstein aus Xiąż ist durch das rechtskräftige Erkenntniß des hiesigen Schwurgerichts vom 28sten September 1849 wegen großen gemeinen Diebstahls, falscher Anklage und Meineides mit dem Verluste der National-Kokarde, aller Aemter, Würden, bürgerlicher Ehren und Gewerbe, so wie auch achtjähriger Zuchthausstrafe bestraft und die öffentliche Bekanntmachung dieser Bestrafung angeordnet worden.

Posen, den 12. Oktober 1849.

Königl. Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung — für Strafsachen.

Bekanntmachung.

Der Fährmann Johann Mucha von der kleinen Fähre bei Neustadt a/W. ist durch das rechtskräftige Erkenntniß des hiesigen Königlichen Appellations-Gerichts vom 27sten April d. J. wegen Meineides mit einem Jahre Zuchthaus, dem Verluste der National-Kokarde, so wie des Rechts zum selbstständigen Betrieb des Gewerbes als Fährmann, bestraft, und die öffentliche Bekanntmachung dieser Bestrafung angeordnet worden.

Posen, den 16. Oktober 1849.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung — für Strafsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Das der verwittweten Frau Antoniette von Oppen geb. Prusimska zugehörige adeliche Rittergut Sędzyn nebst Attinenzien, im Kreise Samter, abgeschätzt auf 151,017 Rthlr. 27 Sgr. 3 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 28sten December 1849 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Namen und Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger und Rechtsnachfolger der Gutsbesitzerin v. Oppen, welche bei den ihnen überwiesenen eingetragenen, früheren Restkaufgeldern von Sędzyn, im Betrage von 1418 Rthlr. 24 Sgr., interessiren, so wie die unbekannten Interessenten der auf dem zu subhastirenden Gute für die Special-Masse „Provinzial-Landschafts zu Posen circa Sędzyn" eingetragenen 1000 Rthlr., ingleichen der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger Anton Mathias Nowicki, resp. dessen unbekannte Vormund werden hierzu öffentlich vorgeladen. Samter, den 19. Mai 1849.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Auktion.

Im Auftrage des hiesigen Königl. Kreisgerichts werde ich am Freitage den 26sten d. Mts. Vormittags 10 Uhr auf Zagórze No. 130. den Nachlaß des Maurer-Polirs Behnke, bestehend in: Meubles, Wäsche, Kleidungsstücken, Betten und verschiedenem Hausgeräthe öffentlich an den Meistbietenden veräußern.

Posen, den 19. Oktober 1849.

Höfer, Appell.-Gerichts-Referendar.

Der auf den 21sten anberaumte Auktionstermin zum Verkauf von verschiedenen Möbels, eines Flügels, Oelgemälde wird auf den 26sten d. M. um 10 Uhr Gerber- und Wasserstraßen-Ecke No. 15. verlegt.

Lewandowski, Kommissar.

Bekanntmachung.

Es ist die Anordnung getroffen worden, daß zu dem von hier nach Berlin um $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags abgehenden Eisenbahnzuge, rekommandirte Briefe, Geldbriefe, Geldpackete 2c. bis $8\frac{1}{2}$ Uhr Morgens, gewöhnliche nicht beschwerte Briefe aber bis 9 Uhr Morgens auf dem hiesigen Ober-Post-Amte angenommen werden.

Das Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Posen, den 20. Oktober 1849.

Ober-Post-Amt.

Auktion.

Wegen Versetzung von hier sollen in den beiden Häusern Königsstraße No. 21. und Mühlenstraße No. 12. mehrere gut erhaltene Möbels von Mahagoni- und anderem Holz, so wie auch Porzelan, Glas, nebst verschiedenen Gegenständen zum Gebrauch, und zwar:

1) Montag den 22sten Oktober Vormittags von 10 Uhr ab im Fichtnerschen Hause, Mühlenstraße No. 12. im 3. Stock, 1 Glasschrank, 1 Spieltisch, 1 Trümeau, 6 Stühle von Mahagoni, 1 großer schön gearbeiteter Ausziehtisch, 1 Wäscheschrank, 1 Klapptisch und 2 Kommoden 2c. von verschiedenem Holze, nebst Haus- und Küchengeräthe;
2) Dienstag den 23sten Oktober im Hause Königsstraße No. 21., 1 ganz modernes vorzüglich schönes Sopha, 2 gestickte Sessel und Tabourets, 1 Schreibsecretair, 1 Spieltisch, 1 gut erhaltener Flügel, nebst mehreren andern Sachen

gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Anschütz.

Anerbieten.

Für ein courantes Geschäft, welches selbst in den kleinsten Orten und auf dem Lande mit Vortheil betrieben werden kann, werden thätige und zuverläßige Agenten, die am Platze und in der Umgegend unter Privatleuten hinlänglich bekannt sind, um dem Artikel die nöthige Verbreitung geben zu können, gesucht. Provision ist 25% und sind besondere kaufmännische Kenntnisse nicht erforderlich. Versiegelte Offerten mit genauer Angabe des Wohnortes werden franco an die Expedition dieses Blattes adressirt.

Bücher in verschiedenen Sprachen sind zu haben Schiffer-Straße No. 9. 1 Treppe hoch rechts, bei Klemann.

Kräuter-Pomade

(für deren Erfolg garantirt wird),

welche von uns neu erfunden und vielfältig geprüft wurde. Dieselbe dient als Hauptstärkung bei Personen, deren Haare stark ausgehen, so daß binnen 3 Wochen das Haar ganz fest sitzt und nicht mehr ausfällt; sie verbessert und vermehrt den zum Wachsthum der Haare nöthigen Nahrungssaft, verhütet das Austrocknen des Haarbodens und bewirkt den Wachsthum dermaßen, daß auf kahlen Stellen des Kopfes binnen 6 Monaten, spätestens 1 Jahr, das schönste, kräftigste Haar zu sehen ist. Die Fabrik steht für den Erfolg innerhalb der oben bemerkten Zeit und erstattet bei ausbleibender Wirkung den Betrag zurück. Der Preis ist pro Topf $3\frac{1}{2}$ Thlr., halbe Töpfe 2 Thlr.

Lilionese.

(Für deren Erfolg garantirt wird.)

Sommersprossen, so wie Leberflecke und schmutzige Farben in der Haut, welche dem Gesicht ein widerliches Ansehen geben, verlieren sich durch die Anwendung unseres Lilionesen-Wassers, auch gewinnt die Haut an Zartheit und Weiße, so daß sie wie bei Kindern von 5—6 Jahren das Aussehen bekommt. Auch benimmt es die sogenannten Finnen und Mitesser. Dieses Mittel ist bereits von vielen Medicinal-Behörden geprüft und als vorzüglich zum äußerlichen Gebrauch empfohlen worden. Nach Verlauf von 14 Tagen ist alle Wirkung geschehen. Die Fabrik steht für den Erfolg und macht sich verbindlich, im entgegengesetzten Falle den Betrag zurückzuzahlen. Der Preis ist pro Flasche 1 Thlr. Die Niederlage für Posen ist in der Eisen-, Stahl- und Messing-Waaren-Handlung von S. J. Auerbach.

Rothe & Comp. in Cöln am Rh.

Der hochwürdigen Geistlichkeit und dem hochgeehrten Publikum zeige ich an, daß ich meine Wohnung von der Gerberstraße No. 51. nach derselben Straße No. 14. in das v. Potockasche Haus verlegt habe. Ich empfehle mich zugleich zur Anfertigung von Kirchen- und Wagenbeschlägen und anderen Gürtlerarbeiten.

Adolph Zingler,
Gürtler und Bronceur.

Pariser Herrenhüte neuester Façon zu auffallend billigen Preisen empfiehlt die Handlung Markt- und Brodbank-Ecke unterm Rathhause vis-à-vis der Wronker-Str.

Einem hochverehrten Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich am heutigen Tage auf der Wasserstraße im Königl. Luisen-Gebäude eine **Conditorei** eröffnet habe.

Indem ich Confecturen aller Art, überhaupt alle in dieses Fach einschlagende Artikel, nebst feine Weine, Liqueure, Baierisch und Grätzer Bier bestens empfehle, bittet um geneigten Zuspruch unter der Versicherung der reellsten und promptesten Bedienung.

Posen, den 21. Oktober 1849.

Herrmann Dietz, Conditor.

Von der jüngsten Leipziger Messe neuerdings aufs Reichhaltigste assortirt, empfiehlt unterzeichnete **Handlung** in allen Sorten **Hänge-, Tisch-, Wand-**, so wie noch besonders **Schiebelampen** sowohl für **Gas** als für **Oel** zu außerordentlich **billigen Preisen**.

Posen. Nathan Charig,
Markt No. 90.

Markt No. 91. Ecke der Wronkerstr.
1 Treppe hoch

wird der wirkliche **Ausverkauf** zu bedeutend **herabgesetzten** aber **festen** Preisen fortgesetzt.

Gummi- und Filz-Schuhe in allen Größen, so wie in bedeutender Auswahl; baumwollene und seidene Regenschirme empfiehlt zu billigen Preisen, die Hut- und Mützen-Niederlage von

J. Bork,
Markt 92. im Hause des Hrn. C. Scholtz.

Das einzige und alleinige bis jetzt als bewährt gefundene

Präservativ- und Hülfsmittel
gegen
Husten und Heiserkeit,

Klahm's Dr. Gräfesche Brustthee-Bonbons, das Pfund à 10 Sgr.,

ist stets zu haben bei C. Busch in Posen, Friedrichsstraße No. 25.

C. C. Klahm,
Gesundheits-Bonbon-Fabrikant in Berlin.

Zur Bequemlichkeit des geehrten Publikums habe ich hierorts mehrere Niederlagen errichtet, und zwar bei den Herren

Michaelis Peiser, Bresl. Str. No. 7.
Jacob Bleistein, Breitestr. No. 21.
G. Pincus, Wilhelmsstr. Nr. 21.
H. Knaster, Halbdorfstr. No. 6.

und bei Herren Gebr. Brock in Gnesen; obige Herren sind ermächtigt, ebenfalls zu Fabrikpreisen zu verkaufen.

C. Busch, Friedrichsstraße 25.

Teltower Rübchen, französische Zucker-Schoten (in Blechbüchsen), Perigod-Trüffeln und Warschauer Tafel-Bouillon empfiehlt billigst

Michaelis Peiser,
Russische Thee-Handlung, Breslauerstr. No. 7.

Canzlei-, Concept-, Post- und andere Papiere, direkt aus den besten Fabriken bezogen, empfiehlt en gros & en detail **zu sehr billigen Preisen**

Salomon Lewy, Breitestrasse No. 1.

Brennholz-Verkauf.

Im Kiączyner Forst, $\frac{1}{8}$ Meile rechts von Gaj (erste Poststation) Berliner Chaussee, stehen folgende starkklobige, trockene Brennholz-Gattungen zum Verkauf. Die Preise für die große Waldklafter sind:

3 Rthlr. 2 Sgr. für birkene Kloben,
2 Rthlr. 17 Sgr. „ eichene dto.,
1 Rthlr. 7 Sgr. „ „ Stubben.

Eichen- und Birken-Klobenklaftern sind auch zu gleichen Preisen im Gajer Forst ($\frac{1}{8}$ M. links von Gaj) zu haben.

Anweisungen können bei Leyser Jaffé, Gerberstraße No. 19., in Empfang genommen werden; auch sind die Förster zum Verkauf autorisirt.

Importirte und Bremer Cigarren empfiehlt billigst
J. Caspari, Wilhelmsstr. No. 8.

Für Gartenfreunde.

Obstbäume, Parkhölzer und Ziersträucher, so wie Hyacinthen, Tulpen und andere Blumenzwiebeln sind billig zu haben bei

H. Barthold, Königsstraße 6/7.

Welttheater
auf dem Kanonenplatze.

Der zahlreiche Besuch, welcher unserem Welttheater täglich zu Theil wird, giebt uns die Ueberzeugung, daß das hiesige geehrte Publikum ein lebhaftes Interesse daran nimmt. Dieses glauben wir dadurch noch zu erhöhen, wenn wir hierdurch ergebenst anzeigen, daß unser genanntes, an interessanten Schaustücken so reichhaltiges Welttheater noch durch eines der Jetztzeit, nämlich **die Schlacht von Komorn,** in Beziehung auf Inhalt wie Gelungenheit gleich wichtig, bereichert worden ist, worauf wir besonders aufmerksam zu machen uns erlauben.

Rossi, Huber & Comp.

Das neue Welttheater auf dem Kanonenplatze ist nur noch kurze Zeit zu sehen. Das Nähere besagen die Anschlagezettel.

Im Odeum.

Heute Sonntag den 21. d. M. großes Salon-Conzert. Entrée $2\frac{1}{2}$ Sgr. Anfang $6\frac{1}{2}$ Uhr.

Jean Lambert.

Barteldts Caffeehaus,

Bergstraße No. 14.

Heute Sonntag und morgen Montag Harfen-Konzert von der Familie Dauber aus Böhmen. Für gute Speisen und gute Getränke ist bestens gesorgt.

Freundliche Einladung.

Zum Wurst-Ball

Montag den 22sten Oktober lade ich die geehrten Gäste ein Raspe in Neu-Amerika.

Berichtigung. In der in No. 245. enthaltenen Anzeige, eine verlorne Börse betr., muß es heißen „Wilhelmsplatz No. 4.," nicht Wilhelmsstraße No. 4.